

## Engagement und ländliche Räume



# Herausforderungen für die lokale Demokratie(förderung): Perspektiven und Bewältigungspraktiken zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im ländlichen Raum in Thüringen

Stefanie Kessler<sup>1</sup>, Vivien Dos Anjos<sup>2</sup>

## Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Thüringen erleben politisch unsichere Zeiten und einen Rechtsruck, der durch die Landtagswahlen 2024 breite Aufmerksamkeit erlangte. Dennoch gibt es Menschen, die sich für die Demokratie engagieren. In diesem Beitrag nehmen wir ihre Perspektive in den Blick und untersuchen, welchen Herausforderungen zivilgesellschaftliche Akteur:innen im ländlichen Raum Thüringens gegenüberstehen und wie sie damit umgehen. Wir beziehen uns auf Ergebnisse einer Situations- und Ressourcenanalyse für Demokratie im Altenburger Land aus 2024. Ergänzend wurden im Februar 2025 im Rahmen einer zweiten Erhebungswelle zwei weitere Gruppendiskussionen mit denselben Teilnehmenden durchgeführt, um Veränderungen und neue Herausforderungen nach den Landtagswahlen 2024 zu erfassen. Die Daten zeigen: Zivilgesellschaftliche Akteur:innen gehen manche Herausforderungen (wie die Spaltung der Gesellschaft oder die Beteiligung junger Menschen) bereits an, anderen stehen sie jedoch ohnmächtig gegenüber.

## Schlagwörter

Demokratie; Zivilgesellschaft; Ländlicher Raum; Thüringen; Engagement; Rechtsruck

## 1. Einleitung

*Natürlich können wir noch viel tun. [...] Aber wir wissen auch, dass die Probleme eigentlich viel länger und viel tiefer liegen. [...] Wir brauchen [...] vor allem erst mal die Leute, die, die auch den Mund weiterhin aufmachen. (GD2025, P.37<sup>3</sup>)*

---

1 Prof. Dr., IU Internationale Hochschule, Professorin für Soziale Arbeit im Dualen Studium, stefanie.kessler@iu.org.

2 IU Internationalen Hochschule, Studentische Mitarbeiterin, vivien.dosanjos@iu.org.

3 Mit der Abkürzung GD2025 bzw. GD2024 erfolgt eine Zuordnung zur Datenerhebung durch Gruppendiskussionen in 2024 oder 2025; P. steht für Person, von der das Zitat stammt. Die beteiligten Personen wurden nummerisch erfasst.

*Man muss auch permanent überlegen, wie man Zielrichtung Taktik, wenn man gegen Rechtspopulismus vorgehen will wie man das noch mal neu ausrichtet. (GD2025, P.32)*

Vertreter:innen der organisierten Zivilgesellschaft in Thüringen sehen sich mit einem zunehmend herausfordernden politischen Klima konfrontiert. Der gesellschaftliche Rechtsruck, der mit den Landtagswahlen 2024 bundesweit Aufmerksamkeit erregte, verstärkt den Druck auf lokale demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement. Im Zuge einer Analyse zu Demokratie für die *Partnerschaft für Demokratie im Altenburger Land* (Kessler et al. 2024) untersuchten wir, wie Engagierte vor Ort die Situation bewerten, mit welchen Herausforderungen lokale Demokratie konfrontiert ist und welche Strategien zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umgang mit demokratiegefährdenden Entwicklungen verfolgen.

Lokale Demokratie verstehen wir gemäß Oehler (2021) sowohl als die kommunal verfasste repräsentative Demokratie als auch als „zivilgesellschaftliche und basisdemokratische Prozesse sowie damit zusammenhängende Akteure und Öffentlichkeiten“ (Oehler 2021: 10). Sie ist dynamisch als Prozess zu verstehen, der sich unter dem Handeln beteiligter Akteur:innen fortlaufend verändert – eine „Demokratie im Werden“ (Rosanvallon 2010: 280).

Die vorangestellten Zitate zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zeigen, dass Rechtspopulismus und -extremismus im Landkreis seit längerem bestehende Herausforderungen darstellen, denen sich die Zivilgesellschaft mit großem Engagement stellt. Dieses Engagement ist jedoch zunehmend von Erschöpfung, Frustration und Unsicherheit geprägt. Strategien zur Demokratieförderung müssen daher kontinuierlich überprüft und angepasst werden, um wirksam zu bleiben. Der Beitrag basiert auf der Situations- und Ressourcenanalyse von 2024 sowie einer ergänzenden Nacherhebung aus dem Jahr 2025. Im Fokus steht das Altenburger Land als ländlich geprägter Sozialraum. Nach einer Darstellung des Forschungsdesigns werden zentrale Ergebnisse vorgestellt und im Anschluss im Kontext aktueller Forschungsliteratur diskutiert.

## 2. Forschungsdesign

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie (PfD) Altenburger Land erstellten wir im Jahr 2024 eine Situations- und Ressourcenanalyse zur lokalen Demokratie (Kessler et al. 2024), um die Ausgangslage vor Ort

zu erfassen und darauf aufbauend gezielte Maßnahmen zur Förderung demokratischer Strukturen und Teilhabe zu entwickeln.

Für die Studie wurden acht leitfadengestützte Gruppendiskussionen (Przyborski/Wohlrab-Sahar 2021) und fünf Stadtpaziergänge mit situativen Gesprächen mit Bürger:innen<sup>4</sup> (Ehmayer-Rosinak o. D.) in der Zeit von April bis Juni 2024 durchgeführt. Diese wurden um zwei Gruppendiskussionen ergänzt, an denen engagierte Personen im Februar 2025 erneut teilnahmen. Das Sample umfasst zivilgesellschaftliche Realgruppen sowie strukturidentische Gruppen: die Steuerungsgruppe der Pfd, Aktive aus Kirchengemeinden und Sportvereinen, Jugendgruppen, engagierte Bürger:innen, Sozialarbeitende und Lokalpolitiker:innen (Kessler et al. 2024). Die meisten Teilnehmenden kannten sich zuvor, nicht alle arbeiteten jedoch zusammen. Als Grundlage für die Gruppendiskussionen und die Stadtpaziergänge dienten Fragen nach dem Verständnis und Erfahren von Demokratie, nach den wahrgenommenen Herausforderungen und deren (potenzieller) Bearbeitung. Auch wurden Stärken und Ressourcen betrachtet, die zur Stärkung lokaler Demokratie beitragen (Kessler et al. 2024). In der Nacherhebung wurde nach Veränderungen gefragt und nach neuen Herausforderungen, die sich infolge der Landtagswahlen 2024 ergeben haben. Die Daten wurden entlang einer inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse ausgewertet (Kuckartz/Rädiker 2022).

### *3. Fallbeispiel Altenburger Land: Angehen von Herausforderungen für die lokale Demokratie*

Vor allem in ländlichen Gegenden mit schwacher Infrastruktur in Ostdeutschland erhalten rechte Parteien, wie die AfD<sup>5</sup>, hohe Zustimmungswerte bei Wahlen. Das Altenburger Land ist eine dieser betroffenen Regionen. Hier gewann die AfD in den letzten Jahren Stimmen von Wähler:innen hinzu. Während der Landtagswahl 2024 erhielt die AfD in einigen ländlichen Gemeinden im Landkreis sogar eine Mehrheit der Stimmen.

Gemäß der Typisierung des Thünen-Instituts ist der Landkreis als eher ländlich mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage klassifiziert (Kleiner/Burkhardt 2021: 573). Das Altenburger Land gehört damit zu

---

4 Auf diese wird im Folgenden kein Bezug genommen; der Fokus liegt auf den zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen.

5 Neben ihr bewerten zivilgesellschaftliche Akteur:innen vor Ort auch die kommunalpolitisch aktive Partei „Starke Heimat“ als rechtspopulistisch.

den Regionen mit nur sehr gering ausgeprägtem Engagement. In noch ländlicheren Gebieten ist das Engagement dagegen höher und auch stabiler – begründet durch einen stärkeren sozialen Zusammenhalt aufgrund der Abgeschiedenheit der Region (Kleiner/Burkhardt 2021: 575). Die lokalen Akteur:innen selbst differenzieren zwischen der Stadt Altenburg und dem umliegenden ländlichen Raum sowie zwischen einem strukturschwächeren Norden und einem -stärkeren Süden des Landkreises.

Die hohen Stimmenanteile der AfD bei den Landtagswahlen 2024 bedeuten im Umkehrschluss jedoch auch, dass nicht alle Menschen im Altenburger Land rechte Parteien wählen. Es gibt also auch hier Bürger:innen, die die lokale Demokratie befürworten und unterstützen. Im Folgenden gehen wir auf das Demokratieverständnis dieser zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ein, beleuchten die von ihnen wahrgenommenen demokratiegefährdenden Herausforderungen und zeigen sowohl vollzogene als auch potenzielle Praktiken zur Demokratieförderung auf.

### 3.1 Demokratieverständnis

*Am Ende ist es ja doch die beste Demokratie, die wir hier haben. [...] Die wir bisher überhaupt hatten. (GD2024, P.27)*

Demokratie wird als alternativlose und wegweisende Ordnung verstanden – eine Einschätzung, die durch Erfahrungen mit dem politischen System der DDR geprägt ist. Das Demokratieverständnis der beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen umfasst zentrale Werte wie Toleranz und Respekt gegenüber anderen Menschen und ihren Meinungen, Dialogbereitschaft und Diskussionskultur. Auch das aktive Mitgestalten des Gemeinwesens und die Übernahme von Verantwortung gelten als demokratische Praktiken. Demokratie wird dabei nicht nur im Rahmen der Kommunalpolitik, sondern auch im Alltag gelebt – etwa im Vereinswesen, in Kirchengemeinden, in Begegnungsstätten oder im Personalrat.

Aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteur:innen wird eine gewisse Differenz zum Demokratieverständnis von (nicht engagierten) Bürger:innen deutlich: Während repräsentative Demokratie von Letzteren grundsätzlich geschätzt werde, bestehe zugleich die Erwartung, dass sämtliche Interessen gleichrangig berücksichtigt würden. In fast allen Gruppendiskussionen wird die Sorge um den Erhalt der bestehenden Demokratie deutlich. Nach Wahrnehmung der Teilnehmenden gelingt es der aktuellen Demokratie nicht, alle Menschen einzubeziehen.

In den Gruppendiskussionen der Nacherhebung verdichtet sich die Beobachtung, dass (nicht engagierte) Bürger:innen zentrale demokratische Prinzipien – wie Kompromissfähigkeit und Eigenverantwortung – nicht ausreichend verinnerlicht hätten:

*Es ist, als ob sie nicht gelernt hätten, wie politisches System funktioniert, dass das auf Kompromisse ausgelegt ist, dass man, dass man eigenverantwortlich handeln kann, dafür auch Verantwortung übernehmen muss, dass es aber staatliche Stütze gibt, aber dass nicht der Staat immer kommt, wenn was schief läuft oder der Staat die immer was wegnehmen will, wenn was gut läuft, sondern dass es ein Gesamtkonzept ist. (GD2025, P.37)*

Aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sehen Bürger:innen den Staat in der Verantwortung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme. In der Nacherhebung zeichnen sich aber auch innerhalb der zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen Spannungen im Demokratieverständnis ab – etwa hinsichtlich der Ausprägung des Wunsches nach einem stringenteren Vorgehen der Zivilgesellschaft oder der Kritik an langwierigen Aushandlungsprozessen.

### 3.2 Herausforderungen für die lokale Demokratie

In der Situations- und Ressourcenanalyse konnten acht Herausforderungen identifiziert werden (Kessler et al. 2024: 7–22). Unter Einbezug der Gespräche aus der Nacherhebung werden diese im Folgenden verdichtet dargestellt.

Anknüpfend an das wahrgenommene Demokratieverständnis der Bürger:innen kritisieren Teilnehmende deren Unzufriedenheit und ihr mangelndes Engagement im gesellschaftlichen Zusammenleben. Zwar werde sich viel beschwert, Probleme jedoch selten selbst aktiv angegangen. Engagierte sehen eine geringe Bereitschaft, sich für demokratische Werte einzusetzen, und nehmen zugleich Resignation und Ängste wahr. Daran schließt eine spürbare Demokratie- und Politikverdrossenheit an. Eine Ursache dafür sehen die Teilnehmenden darin, dass politische Entscheidungen nicht den Interessen der Bevölkerung gerecht werden. Bereits bei Jugendlichen stellen sie nur ein geringes Engagement und ein Desinteresse an Politik fest, das auf fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten und mangelnde Wirksamkeitserfahrungen zurückgeführt wird. Junge Bürger:innen lernten entsprechend, dass sie nichts verändern könnten.

Besorgt sind die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen über die Zustimmung zu rechtsextremen Parteien, insbesondere zur AfD, sowie über deren Präsenz in der Öffentlichkeit und in politischen Gremien. Zustimmung zu antidemokratischen Positionen fänden sich in allen Sozialräumen; dennoch wird sie besonders in „*besser situierten Wohngegenden*“ als „*schockierend*“ (GD2025, P.20) erlebt. Die Sichtbarkeit durch Wahlplakate und Präsenz in Gremien vermittele vor allem den Menschen in ländlichen Regionen ein Gefühl von Beachtung und Bedeutung.

In der Nacherhebung merken die Teilnehmenden an, dass sich demokratische Prozesse in der Kommunalpolitik durch die starke Präsenz der AfD verändern: „*die Debatten, [...] die Stimmen, [sind] extrem rauer geworden*“ (GD2025, P.32). Dies gehe einher mit einer verbalen Entgrenzung und Normalisierung von rechtsextremen, rassistischen und intoleranten Aussagen, z. B. in Form von „*Alltagsrassismus*“ (GD2024, P.20). Auch im öffentlichen Raum sei Fremdenfeindlichkeit zunehmend sichtbar (GD2025, P.31).

Bestärkt würden diese Positionen durch einen eingeschränkten Zugang zu sachlichen Informationen. Die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen kritisieren besonders das lokale, kostenlose Anzeigenblatt, in dem rechtspopulistische Positionen und Falschinformationen verbreitet werden. Gerade ältere Menschen und Bewohner:innen der sehr ländlichen Gegenden nutzen jedoch primär das Anzeigenblatt als Informationsquelle, entsprechend wird es als „*ziemlich meinungsmachend*“ (GD2025, P.37) wahrgenommen.

*Die lesen [...] unser lokales Propagandablatt und dann werden diese Themen durchgehechelt, [...] Stammtisch oder die Nachbarschaftsrunde, von der wird genau das thematisiert. Oder ist keiner da, der das relativiert oder Gegenargument bringt? Dieser selbstverstärkende Faktor ist wie eine Echokammer.* (GD2025, P.30)

Obwohl die Zivilgesellschaft hierüber breit informierte, fände das Anzeigenblatt noch immer eine hohe Verbreitung und Wirtschaftsunternehmen würden darin weiter für sich werben.

Problematisch daran ist, dass sich die Menschen nicht anderweitig informieren, sondern nur gegenseitig bestärken. Auch digitale Medien werden von den Teilnehmenden als „*maßgeblich von rechts vereinnahmt*“ (G2024, P.5) betrachtet. Hier fände sich „*[e]ine [...] gewaltige Flut an Fake News, gegen die man kaum ankommt*“ (GD2024, P.29).

Rechtsextreme Positionen würden zunehmend offen zur Schau gestellt, insbesondere von Jugendlichen, die ihre Haltung durch ihr Äußeres bekunden: „*Springerstiefel, weiße Schnürsenkel, enge Jeans, Blousons, Haare,*



kurz geschoren“ (GD2025, P.30). Nach Ansicht der Teilnehmenden hat die Normalisierung solcher Positionen auch mit der behördlichen Duldung und Akzeptanz der seit der Coronapandemie unangemeldet stattfindenden Montagsdemonstrationen in Altenburg sowie der Radikalisierung der „Spaziergänger“ zu tun. Dabei würden „Hass und Häme“ (GD2025, P.30) verbreitet – offensichtliche Verstöße laut der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen jedoch nicht geahndet.

Diese Entwicklungen spürten besonders vulnerable Gruppen, wie u. a. Menschen mit Migrationsgeschichte; auch Transpersonen erleben die Veränderung deutlich: *„[M]eine Partnerin arbeitet mit Transpersonen [...] Und die haben Angst. Also die nehmen durchaus alle wahr, dass sich, dass sich da was verändert hat, also dass es nicht mehr so unbeschwert möglich ist, [...] man selbst zu sein“* (GD2025, P.20).

Insbesondere in der Nacherhebung zeigt sich, dass die Zivilgesellschaft an ihre Belastungsgrenzen stößt. Engagierte berichten von Erschöpfung und wachsender Ohnmacht angesichts des politischen und gesellschaftlichen Klimas: *„Akku ist schon ziemlich leer“* und *„viel Frustration, viel Überforderung, Unverständnis und Müdigkeit“* prägen ihren Alltag (GD2025, P.30, 37). Die Unsicherheit, wie weiterhin wirksam gehandelt werden kann, führt zu Verzweiflung: *„Und da ist so langsam macht sich so eine Ohnmacht und Verzweiflung breit, weil was jetzt eigentlich noch tun?“* (GD2025, P.37).

Auf der Landesebene dominieren Hilflosigkeit und Kritik an unzureichender finanzieller Förderung, hohem bürokratischen Aufwand sowie mangelnder Nachhaltigkeit meist befristeter Projekte. Zudem nehmen Angriffe und Bedrohungen gegenüber Engagierten, Politiker:innen und Minderheiten zu. Neben Sachbeschädigungen und verbalen Attacken berichten Betroffene von direkten Drohungen:

*So ein Typ [...] lässt seinen Hund [...] provokant auf mein Grundstück laufen und geht mich dann blöd an als links grün versifftes Arschloch und droht mir dann. Ja, wenn AfD dann ist, seid ihr sowieso weg. [...] Die Leute [...] wissen also wer ich bin.* (GD2025, P.37)

### 3.3 Umgang mit zentralen Herausforderungen

Trotz des in der Zivilgesellschaft vorherrschenden Krisenempfindens schildern die Teilnehmenden zahlreiche Praktiken und Strategien zur Bearbeitung der Herausforderungen, vor denen die lokale Demokratie im Landkreis steht. Deutlich wird vor allem ein persistenter Gestaltungswille trotz

der Erschöpfung und Rückschläge: *„Was macht das mit dem Engagement? Natürlich ist man ausgelaugt. Man ist wütend am Ende des Tages. Und dann steht man am nächsten Tag wieder auf, denkt Okay, los, aufrappeln“* (GD2025, P.37).

Der zunehmenden Passivität in Teilen der Bevölkerung begegnen Engagierte mit einem gezielten Einsatz für demokratische Werte, Vielfalt und Integration. Es gehe darum, bestehendes Engagement sichtbar zu machen und Räume für positives Miteinander zu schaffen – auch im Kleinen: *„Vielleicht sind es nur kleine Pflänzchen, aber es sind ja welche da. Es ist Kultur da. Es sind Leute da, die sich wirklich für Vielfalt, für Demokratie, für Integration, für ein gutes Miteinander einsetzen, dass das auch wahrgenommen wird“* (GD2024, P. 12).

Zentral ist dabei der Versuch, demokratische Alternativen zum Rechtsruck aufzuzeigen. Austauschformate sollen gesellschaftliche Gräben überbrücken und eine Gesprächskultur fördern, bei der Differenz nicht zur Spaltung führen muss.

Beteiligungsprojekte wie eine aktivierende Bürger:innenbefragung und Ortsteilbeiräte zielen auf die Selbstwirksamkeit und nachhaltige Beteiligung ab: *„[I]m Endeffekt ja dieses Miteinander zu lernen und dann auch festzustellen. Aha, ich kann ja was auf die Beine stellen“* (GD2024, P.14).

Auch die Einbindung junger Menschen in Vereine und Institutionen wird als zukunftsweisend hervorgehoben. Ein Engagement in schulischen und außerschulischen Strukturen vermittele demokratische Prinzipien und stärke das Verantwortungsgefühl. Solche Erfahrungen haben nach Ansicht der Teilnehmenden eine nachhaltige Wirkung: *„Und das sind oft auch Jugendliche, die dann später bei uns sich engagieren, weil die so ein bisschen intensiveren Eindruck bekommen haben, als man es jetzt schafft“* (GD2024, P.9). Die Teilnehmenden kritisieren jedoch, dass die bestehenden Angebote nicht ausreichend seien. Sie fordern mehr schulgebundene Projekte sowie digitale Formate ein.

Engagierte setzen auf politische Bildungsangebote wie Planspiele und Informationsveranstaltungen, um demokratische Prozesse verständlicher zu machen. Sie wünschen sich verstärkte Aufklärung über Rechtspopulismus – auch für Erwachsene – und möchten lernen, auf demokratiefeindliche Aussagen souverän zu reagieren.

Von der lokalen Politik wird eine deutlichere Positionierung gegen Rechtsextremismus sowie mehr Transparenz verlangt. Die Teilnehmenden fordern, dass kritische Themen offensiv vermittelt und Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitiger geschaffen werden. Angesichts kursierender Desin-

formation wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, *„die gegen den Rechtspopulismus in den lokalen Medien vorgehen will“* (GD2025, P.32). Infolgedessen verzichten Kirchen und Vereine zunehmend darauf, eigene Inhalte im dominierenden, rechtspopulistisch gefärbten Anzeigenblatt zu publizieren und setzen verstärkt auf soziale Medien oder eigene Zeitungsausgaben. Vorgeschlagen werden zudem medienpädagogische Angebote zur Adressierung von rechtspopulistischer Propaganda und Falschinformationen in den Medien.

Trotz der empfundenen Belastung hält das aktive demokratische Engagement an. Die Personen mit *„[einer] klare[n] demokratische[n] Orientierung“* (GD2024, P.35) sollten aus Sicht der Teilnehmenden gestärkt und geschult werden. Großveranstaltungen und Demonstrationen werden als Mittel für *„Empowerment“* (GD2025, P.37) verstanden und dienen zugleich der Darstellung demokratischer Haltung im öffentlichen Raum. Die Solidarität mit vulnerablen Gruppen und das Sichtbarmachen von Vielfalt sind ebenfalls zentrale Anliegen.

Eine besondere Bedeutung messen Engagierte der Vernetzung bei – sowohl lokal, etwa durch regelmäßige Austauschrunden, als auch überregional, wie beim Treffen *„Weltoffenes Thüringen“*. Diese Kontakte wirkten ermutigend und bestärkten das eigene Engagement. Immer wieder werden *„Leuchtturmorte“* (GD2025, P.30) hervorgehoben, die als Zeichen funktionierender lokaler Demokratie gelten. Beispiele wie aktive Kirchengemeinden oder ein *„gut funktionierende[r] Ortsteilrat“* (GD2025, P.28) zeigten auf, wie niederschwellige und flexible Beteiligungsformen Vertrauen in Demokratie und Politiker:innen stärken können.

Gleichzeitig wird deutlich, dass städtische Konzepte nicht einfach auf ländliche Räume übertragbar sind. Lösungen müssen im Dialog mit den Menschen vor Ort entwickelt werden: *„[D]a müssen wir vor Ort [...] zu den Leuten gehen und mit den Leuten sprechen und eine Beziehungsebene aufbauen und um dann wirklich was bewirken zu können“* (GD2025, P.30).

#### *4. Diskussion der Ergebnisse*

Der Blick auf die von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen wahrgenommenen Herausforderungen der lokalen Demokratie(förderung) im thüringischen Landkreis Altenburger Land und auf ihre Umgangspraktiken bietet – unter der Lupe betrachtet – eine große Welt im Kleinen und offenbart Problemlagen, die in ähnlicher Weise allgemein in der (ostdeutschen) Ge-

sellschaft zu finden sind. Die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen registrieren dabei eine Differenz zwischen ihrem eigenen Demokratieverständnis und jenem der Bürger:innen. Sie selbst verstehen Demokratie vor allem als gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, der auf Vielfalt, Interessenskonflikten und Kompromissentscheidungen beruht. Bei vielen Bürger:innen beobachten sie jedoch ein Demokratieverständnis, das jenem der Beschreibung von Mau (2024) ähnelt: ein Demokratieideal, das stark an die Idee des „Volkswillens“ angelehnt und mit der Erwartung verbunden ist, dass die eigenen Interessen unmittelbar und direkt vertreten werden. Diese Erwartung wird jedoch in einer parlamentarischen Demokratie mit ihren zeitaufwendigen Verfahren zur Aushandlung von Interessen und den häufig damit verbundenen Kompromissen nicht immer erfüllt. In der Folge ergibt sich eine Unzufriedenheit mit der realen Politik und der repräsentativen Demokratie im Allgemeinen. Mau attestiert Ostdeutschen in diesem Zusammenhang ein problematisches Verhältnis zur politischen Partizipation: Sie haben nur eine schwache Bindung an Parteien und nehmen an vorpolitischen Räumen wie Vereinen, Kirchen oder Gewerkschaften zu wenig teil.

Rechte Gruppierungen und Strukturen breiten sich vor allem da aus, wo „zivilgesellschaftliche Gegenpositionen besonders schwach entwickelt sind und besonders stark unter Legitimationsdruck stehen“ (Dietrich/Schumacher 2022: 183). Zugleich gilt eine starke demokratische Zivilgesellschaft als probates Mittel gegen Einflussnahmen von rechts (Quent 2019). Der von uns untersuchte Landkreis verzeichnet gemäß der Typisierung des Thünen-Instituts als eher ländliche Region mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage nur ein geringes Engagement der Bürger:innen (Kleiner/Burkhardt 2021: 573). Die Zivilgesellschaft ist folglich schwach ausgeprägt. Hinzu kommt, dass sich die wenigen Engagierten zunehmend unter Druck fühlen. Sie erleben eine angstbesetzte Atmosphäre, in der sich Menschen mit demokratischer Haltung zurückziehen. Damit besteht die Gefahr, dass sich die Normalisierung rechter Positionen in Politik und Öffentlichkeit fortsetzt. Die zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen setzen dem ihr Engagement entgegen. Rechte Positionen zu ignorieren – eine Strategie, die lange Zeit vertreten wurde – ist in diesem Kontext keine Option; sie wird im Gegenteil als Gefahr wahrgenommen. Dies bestätigt sich auch in den Einschätzungen praxisnaher Beratungsstrukturen (Bundesverband Mobile Beratung 2023).

In der demokratietheoretischen Debatte wird angenommen, dass eine funktionierende lokale Demokratie, die auf aktiver Teilhabe basiert, eine zentrale präventive Wirkung gegen Rechtsextremismus entfalten kann

(Geißel/Newton 2012). Wenn Lokalpolitiker:innen auf die Interessen ihrer Bürger:innen vor Ort eingehen und es schaffen, diese als aktiv Gestaltende in das Gemeinwesen einzubinden und damit politische Partizipation zu stärken, dann wird reale Demokratie für Bürger:innen erfahrbar (Klein/Edge 2023).

Im Diskurs wird zudem die Bedeutung politischer Bildung als zentrales Instrument zur Demokratiestärkung in ländlichen Räumen betont (SRLE 2024: 9). Gemeinsam mit den Bürger:innen sollte ein „Verständnis über Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten erarbeitet und transparent kommuniziert werden“ (Klein/Edge 2023). Wichtig ist es daher, Menschen vor Ort einen medialen Zugang zu Informationen aus Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik zu verschaffen. Wenn das zentrale Medium jedoch eher rechtspopulistisch gefärbt ist – wie im Fallbeispiel – und tendenziell Falschinformationen vermittelt, ist dies für die Akteur:innen vergleichsweise schwerer, da sie zusätzlich eigene Ressourcen in die Erstellung und Verbreitung von Informationen einbringen müssen.

Mit Bildungsangeboten und sachlicher Informationsvermittlung können jedoch nur diejenigen erreicht werden, die offen und nicht bereits überzeugt von rechten Positionen sind. Entsprechend schwierig ist es mit Menschen zu arbeiten, die sich nur über ‚rechte‘ Medien informieren und sich in einem Umfeld bewegen, indem man sich gegenseitig bestärkt, jedoch nicht kritisch hinterfragt. Hier zeigt sich, dass die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen selbst ratlos sind und Qualifizierungsbedarf haben – ein Befund, der sich auch im Diskurs zu ländlichen Räumen widerspiegelt, in dem der Umgang mit rechten Medien und fehlender objektiver Berichterstattung bislang kaum thematisiert wird.

### *Literaturverzeichnis*

- Bundesverband Mobile Beratung (2023): Jahresrückblick 2023. Wie Rechtsextremismus näher rückt – und was dagegen hilft. Dresden.
- Dietrich, Kai; Schumacher, Nils (2022): „Eigensinn“ zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland. In: Mullis, Daniel; Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld, S. 183–200.
- Ehmayer-Rosinak, Cornelia (o. D.): Empirischer Stadtpaziergang – ESP. <https://stadtpsychologie.at/empirischer-spaziergang> (27.8.2024).
- Geißel, Brigitte; Newton, Kenneth (2012): Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise? London.

- Kessler, Stefanie; Fuß, Aline; Dos Anjos, Vivien (2024): Projektbericht: Stärken- und Ressourcenanalyse zu Demokratie im Altenburger Land. [https://www.lap-altenburgerland.de/files/projektbericht\\_staerken-\\_\\_\\_ressourcenanalyse\\_altenburger\\_land\\_09.09.24.pdf](https://www.lap-altenburgerland.de/files/projektbericht_staerken-___ressourcenanalyse_altenburger_land_09.09.24.pdf) (4.2.2025).
- Klein, Markus; Edge, Joana-Eve (2023): Stütze der Demokratie unter Druck. Kommunalpolitische Herausforderungen am Beispiel Brandenburg. <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/520013/stuetze-der-demokratie-unter-druck/> (27.2.2025).
- Kleiner, Tuuli-Maria; Burkhardt, Luise (2021): Ehrenamtliches Engagement: Soziale Gruppen insbesondere in sehr ländlichen Räumen unterschiedlich stark beteiligt. In: DIW Wochenbericht, Heft 35, S. 571–579.
- Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 5. Auflage. Weinheim/Basel.
- Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Frankfurt am Main.
- Oehler, Patrick (2021): Abschlussbericht. Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit. Berlin.
- Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2021): Gruppendiskussionen. In: Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch. 5. Auflage. Berlin/Boston, S. 118–135.
- Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg.
- Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2024): Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung. Berlin.